

Deutsches, Europäisches und  
Vergleichendes Wirtschaftsrecht

120

Nils Gödecke

# Wirtschaftsprüfung und Schiedsgerichtsbarkeit



**Nomos**

Deutsches, Europäisches und  
Vergleichendes Wirtschaftsrecht

herausgegeben von

Prof. Dr. iur. Dr. rer. pol. h.c. Dr. iur. h.c. Werner F. Ebke,  
LL.M. (UC Berkeley)

Band 120

Nils Gödecke

# Wirtschaftsprüfung und Schiedsgerichtsbarkeit



**Nomos**

Gedruckt mit freundlicher Unterstützung des Vereins zur Förderung des Deutschen, Europäischen und Vergleichenden Wirtschaftsrechts e.V.

**Die Deutsche Nationalbibliothek** verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind im Internet über <http://dnb.d-nb.de> abrufbar.

Zugl.: Heidelberg, Univ., Diss., 2019

ISBN 978-3-8487-6037-4 (Print)

ISBN 978-3-7489-0157-0 (ePDF)

1. Auflage 2020

© Nomos Verlagsgesellschaft, Baden-Baden 2020. Gedruckt in Deutschland. Alle Rechte, auch die des Nachdrucks von Auszügen, der fotomechanischen Wiedergabe und der Übersetzung, vorbehalten. Gedruckt auf alterungsbeständigem Papier.

## Vorwort

Die vorliegende Arbeit wurde im Wintersemester 2018/2019 von der Juristischen Fakultät der Ruprecht-Karls-Universität Heidelberg als Dissertation angenommen. Das Manuskript wurde für die Veröffentlichung überarbeitet, Rechtsprechung und Literatur konnten bis zum 31.05.2019 berücksichtigt werden.

Mein erster Dank gebührt meinem Doktorvater Herrn Prof. Dr. iur. Dres. h.c. Werner F. Ebke (UC Berkeley), an dessen Lehrstuhl am Institut für deutsches und europäisches Gesellschafts- und Wirtschaftsrecht ich als Wissenschaftlicher Mitarbeiter tätig sein durfte und der durch wertvolle Anregungen zum Gelingen dieser Arbeit entscheidend beigetragen hat. Herrn Prof. Dr. Christian Duve danke ich für die freundliche Übernahme und Erstellung des Zweitgutachtens.

Danken möchte ich außerdem Benedikt Hoegen und Johannes Lappe für konstruktiven Austausch und Diskurs sowie die freundschaftliche und stets freudige Zusammenarbeit am Institut.

Ein besonderer Dank gilt schließlich Sabrina Traeger, die mir stets unterstützend und verständnisvoll zur Seite stand und die Erstellung der Dissertation mit liebevoller Geduld begleitet hat.

Der größte Dank gilt meinen Eltern, Silke und Rolf Gödecke, nicht nur für das Lektorat der Arbeit, sondern besonders für ihre großartige Unterstützung und Förderung, ohne die das Studium und diese Arbeit nicht möglich gewesen wären.

Bremen, im Januar 2020

*Nils Gödecke*



## Geleitwort des Herausgebers

Wirtschaftsprüfer haben nach § 2 Abs. 1 WPO die berufliche Aufgabe, betriebswirtschaftliche Prüfungen, insbesondere solche von Jahresabschlüssen wirtschaftlicher Unternehmen durchzuführen und Bestätigungsvermerke über die Vornahme und das Ergebnis solcher Prüfungen zu erteilen. Sie sind ferner befugt, ihre Auftraggeber in steuerlichen Angelegenheiten nach Maßgabe der bestehenden Vorschriften zu beraten und zu vertreten (§ 2 Abs. 2 WPO). Darüber hinaus sind sie nach Maßgabe der bestehenden Vorschriften befugt, unter Berufung auf ihren Berufseid auf den Gebieten der wirtschaftlichen Betriebsführung als Sachverständige aufzutreten, in wirtschaftlichen Angelegenheiten zu beraten und fremde Interessen zu wahren sowie auf dem Gebiet der treuhänderischen Verwaltung tätig zu sein (§ 2 Abs. 3 WPO). Die Vielfalt und Komplexität der übertragenen Aufgaben haben dazu geführt, dass die Zahl der Klagen gegen Wirtschaftsprüfer in den vergangenen vier Jahrzehnten auch und gerade in Deutschland erheblich zugenommen hat. Aufgrund der hinlänglich bekannten Grenzen staatlicher Gerichtsverfahren stellt sich auch Wirtschaftsprüfern immer häufiger die Frage nach der Zulässigkeit alternativer Streitentscheidungsmechanismen, namentlich in der Form der privaten Schiedsgerichtsbarkeit. Die damit zusammenhängenden Fragen sind in Deutschland bislang noch nicht monografisch aufgearbeitet worden. Die vorliegende Arbeit will diese Lücke schließen.

Ziel der Abhandlung ist es zu ergründen, welche Streitgegenstände unter Beteiligung eines Wirtschaftsprüfers der Schiedsgerichtsbarkeit unterworfen werden dürfen. Im Mittelpunkt der Untersuchung steht die Frage, ob Rechtsstreitigkeiten im Zusammenhang mit der gesetzlichen Abschlussprüfung objektiv schiedsfähig sind, ob sie also der Schiedsgerichtsbarkeit unterworfen werden können. Ein weiteres „Hauptaugenmerk“ legt der Verfasser auf die Schiedsvereinbarung. Eingehend untersucht wird darüber hinaus das Schiedsverfahren selbst. Damit hat sich der Verfasser die gesamte Bandbreite des Themas schiedsgerichtlicher Streitentscheidung unter Beteiligung von Wirtschaftsprüfern als Partei auf die Fahnen geschrieben.

Der Verfasser hat in seiner Arbeit ein hoch aktuelles Thema aufgegriffen, dass in der Praxis vor dem Hintergrund einiger fragwürdiger Entscheidungen deutscher Gerichte zur Haftung von Wirtschaftsprüfern seit einigen Jahren lebhaft diskutiert wird. Im Mittelpunkt der Überlegungen der Praxis steht, ob und inwieweit Schiedsverfahren eine juristisch sinnvolle und wirtschaftlich vertretbare Alternative zu Verfahren vor staatlichen Ge-

*Geleitwort des Herausgebers*

richten sein könnten. Dabei spielen auch versicherungsrechtliche Fragestellungen eine nicht zu unterschätzende Rolle. Eine Herausforderung für den Bearbeiter bestand darin, zunächst die zahlreichen möglichen Streitgegenstände herauszuarbeiten, die im Rahmen der Jahresabschlussprüfung im Verhältnis zu der Mandantin, also der prüfungspflichtigen Gesellschaft, entstehen und Anlass zu einer (schieds-)gerichtlichen Klärung geben können. Hier hat der Verfasser mit seiner Untersuchung eine echte „Pionierleistung“ erbracht, indem er die vielfältigen und vielfach komplexen Streitgegenstände sorgfältig aufgefächert und sie auf ihre objektive Schiedsfähigkeit hin analysiert hat. Die vorliegende Abhandlung ist eine wahre Fundgrube von Ideen und möglichen Lösungen. Die Ansichten des Verfassers sind durchgängig gut begründet, wissenschaftlich überzeugend und praktisch verwertbar. Der Verfasser bezieht auch die Interessen Dritter (namentlich der Berufshaftpflichtversicherer) in seine Überlegungen mit ein.

Wie bei allen neuartigen Rechtsfragen wird sich erweisen, ob die Beteiligten, also die Wirtschaftsprüfer, ihre Mandanten sowie Dritte (z.B. Versicherer), die schiedsgerichtsfreundliche Grundhaltung des Verfassers teilen und sich auf entsprechende Schiedsvereinbarungen einlassen werden oder ob sie wie bisher Verfahren vor staatlichen Gerichten bevorzugen werden. Der Verfasser hat jedenfalls ein schlüssiges und, wie ich finde, überzeugendes Gesamtkonzept zu der Frage der objektiven Schiedsfähigkeit im Bereich der Jahresabschlussprüfung vorgelegt. Die weiteren Ausführungen des Verfassers zu einzelnen allgemeinen Aspekten der Schiedsvereinbarung und des Schiedsverfahrens bilden den lesenswerten „großen“ Rahmen der Abhandlung, der nicht unvermittelt im Raum steht, sondern stets den Bogen zu Schiedsverfahren unter Beteiligung von Wirtschaftsprüfern und ihren Mandanten zu schlagen sucht.

Insgesamt handelt es sich bei der vorliegenden Arbeit um ein gelungenes wissenschaftliches Erstlingswerk, das Praxis und Wissenschaft wertvolle Anstöße geben werden.

Heidelberg, im Januar 2020

*Werner F. Ebke*

## Inhaltsverzeichnis

Abkürzungsverzeichnis	17
Einleitung	31
Kapitel 1: Einführung	31
Kapitel 2: Zielsetzung	32
Kapitel 3: Gang der Untersuchung	34
Erster Teil: Überblick und Bedeutung	36
Kapitel 4: Entwicklung der Schiedsgerichtsbarkeit	36
A. Entstehung der Schiedsgerichtsbarkeit	36
B. Senat der römischen Republik	41
C. Folgen schwacher Staatsmacht	42
D. Industrialisierung und Handel	47
Kapitel 5: Verfahrenstypen und Abgrenzung	52
A. Schiedsgerichtsbarkeiten	52
B. Ad hoc-Schiedsgerichte	57
C. Institutionelle Schiedsgerichte	58
D. Weitere außergerichtliche Streitbeilegungsmethoden	60
Zweiter Teil: Objektive Schiedsfähigkeit	65
Kapitel 6: Allgemein	65
A. Eingriffs- und Kontrollinstrument des Staates	66
B. Internationale Anknüpfung	68
C. Normative Ausgangslage	73
I. Wortlaut von § 1030 Abs. 1 Satz 1 ZPO	74
II. Zwingendes Rechtsprechungsmonopol	75
III. Historische Betrachtung	77
1. Civil-Prozeßordnung von 1877	77

*Inhaltsverzeichnis*

2. Entwicklung der deutschen Haltung	78
3. Schiedsverfahrens-Neuregelungsgesetz von 1997	82
Kapitel 7: Untersuchung verschiedener Streitgegenstände	85
A. Gesetzlich vorgeschriebene Abschlussprüfung	86
I. Verfahrensabschnitte der gesetzlichen Abschlussprüfung	87
1. Aufstellung, Vorlage und Auskünfte	87
2. Prüfung und Berichterstattung	89
3. Billigung und Feststellung	90
4. Nachtragsprüfungen	91
II. Haftung des Abschlussprüfers nach § 323 HGB	95
1. Überblick und Bedeutung	95
a) Vorläufer	96
b) Anwendungsbereich	97
c) Streitgegenstände	98
2. Grammatische Auslegung	101
3. Auswirkungen auf Dritte	102
a) Anteilseigner	103
b) Berufshaftpflichtversicherer	106
aa) Direktanspruch	107
bb) Bindungswirkung	109
(1) Rechtslage nach dem VVG i.d.F. bis zum 31.12.2007	111
(2) Rechtskräftiges Urteil nach dem VVG n.F.	114
(3) Anerkenntnis und Vergleich nach dem VVG n.F.	115
(4) Schiedsspruch	117
cc) Auswirkungen auf die Grundsätze des Pflichthaftpflichtversicherungsrechts	121
4. Zusammenfassende Betrachtung	122
III. Inhaltliche und testattangierende Feststellungs- und Leistungsfragen	123
1. Fallvarianten	123
a) Beilegung von Meinungsverschiedenheiten	124
b) Inhaltliche Bestimmungen im Jahresabschluss	131
c) Wertungen im Lagebericht	133
d) Prüfung des Risikoüberwachungssystems	135
e) Erteilung eines bestimmten Testats	136
2. Grammatische Auslegung	140

3. Öffentliches Interesse	141
a) Gesellschaftliche Erwartungshaltung	142
b) Drei-Säulen-Modell	144
aa) Aufsichtsorgan	145
bb) Abschlussprüfer	149
(1) Einführung der gesetzlichen Pflichtprüfung	150
(2) Funktion und Stellung des Abschlussprüfers	153
(3) Schiedsgericht als Prüfer des Abschlussprüfers	157
(4) Berufsaufsicht	162
cc) Enforcement-Verfahren	171
(1) Deutsche Prüfstelle für Rechnungslegung	173
(2) Bundesanstalt für Finanzdienstleistungen	176
c) Zusammenfassende Betrachtung	178
IV. Weitere Streitgegenstände im Zwei-Parteien-Verhältnis	181
1. Interne Informationsinstrumente	181
2. Honorarstreitigkeiten	186
V. Ersetzungsverfahren gemäß § 318 Abs. 3 HGB	189
1. Grammatische Auslegung	190
2. Staatliches Rechtsprechungsmonopol	190
B. Prospekthaftung	196
I. Allgemeine zivilrechtliche und spezialgesetzliche Prospekthaftung	196
II. Grammatische Auslegung	199
III. Staatliches Rechtsprechungsmonopol	199
1. Verbrauchereigenschaft	199
2. Haftungsbeschränkungen	201
IV. Zusammenfassende Betrachtung	202
C. Weitere betriebswirtschaftliche und steuerliche Streitgegenstände	203

*Inhaltsverzeichnis*

Dritter Teil: Schiedsvereinbarung	205
Kapitel 8: Schiedsvereinbarungsstatut	205
Kapitel 9: Wirkungen	208
Kapitel 10: Vertragsrechtliche Erstreckung	209
A. Schiedsbindung einzelner Gesellschafter	213
I. Anknüpfungstreit	216
II. Personengesellschaften	217
1. Gesellschaft bürgerlichen Rechts	218
2. Personenhandelsgesellschaften	220
3. Partnerschaftsgesellschaft / PartG mbB	222
4. Sonderfälle	226
III. Kapitalgesellschaften	229
IV. Formbedürftigkeit	231
B. Besondere Begründungsarten	233
I. Vertretung	233
1. Organschaftliche Vertretung	235
a) Personengesellschaften	236
b) Kapitalgesellschaften	238
c) Sonderfall: Gesetzlicher Jahresabschluss	239
aa) Zuständigkeitsregelung in Bezug auf den Prüfungsauftrag	239
bb) Annexzuständigkeit in Bezug auf die Schiedsvereinbarung	241
2. Rechtsgeschäftliche Vertretung	246
3. Reichweite des Vollmachtsstatuts	248
4. Umfang und Mängel der Vertretung	250
II. Rechtsnachfolge	251
1. Internationale Anknüpfung	252
2. Umwandlung	255
3. Zession	256
a) Dogmatische Anknüpfung	257
b) Abtretung von Vergütungsansprüchen	258
aa) Rechtsgeschäftliches Abtretungsverbot im Hauptvertrag	259
bb) Auswirkungen auf den Schiedsvertrag	262
c) Formbedürftigkeit	263

C. Streitverkündung	264
I. Staatlicher Prozess	266
II. Schiedsverfahren	268
III. Tatsächliches Problem	270
Kapitel 11: Ausgestaltung der Schiedsvereinbarung	270
A. Bestandteile	270
I. Notwendiger Bestandteil	271
II. Gebotener Bestandteil	273
III. Schiedsordnungen	277
B. Formvorschriften	277
I. Rechtsquellen	278
1. Internationale Übereinkommen	278
2. Deutsche Regelungen	280
II. Allgemeine Geschäfts- oder Auftragsbedingungen	282
III. Heilung	284
C. Materielle Reichweite	285
Kapitel 12: Unwirksamkeit und Erlöschen	287
Vierter Teil: Schiedsverfahren	292
Kapitel 13: Schiedsverfahrensstatut	292
Kapitel 14: Freiheit und zwingende Gebote in der Verfahrensgestaltung	297
A. Grundlegende Verfahrensregeln	297
B. Parteivertreter	301
C. Verfahrensregelungsbefugnis der Parteien	303
D. Verfahrensgestaltungsbefugnis des Schiedsgerichts	305
Kapitel 15: Anwendbare Sachnormen	306
Kapitel 16: Schiedsrichterkollegium	308
A. Zusammensetzung des Schiedsgerichts	309

*Inhaltsverzeichnis*

B. Bestellungsverfahren	313
I. Parteivereinbarung	313
II. Beteiligung der Berufshaftpflichtversicherung	315
III. Benennung durch einen Dritten	316
IV. Verfahren bei mehr als zwei Parteien	318
V. Subsidiäres (gesetzliches) Verfahren	320
C. Bestellungskriterien	322
I. Unabhängigkeit und Unparteilichkeit	322
1. Parteibezogenes Näheverhältnis (close relationship)	325
2. Sachliche Vorbefassung (personal involvement)	326
3. Sondierungsverfahren (beauty contest)	326
4. Offenlegungspflicht	328
II. Anforderungen	329
D. Personengruppen	332
I. Staatliche Richter	332
II. Wirtschaftsprüfer	338
III. Hochschullehrer	339
IV. Rechtsanwälte und Notare	340
E. Ablehnung und Ersatzbestellung	342
Kapitel 17: Verfahrensablauf	344
A. Organisation	344
I. Verhandlungsraum	345
II. Schriftliches und fernkommunikatives Verfahren	346
III. Protokollierung	347
IV. Verfahrenssprache	348
B. Beweisführung	349
I. Darstellung der grundlegenden Beweisverfahren	351
1. Rechtslage in Deutschland (civil law)	351
a) Aufklärungspflichten	352
aa) Informationsbeschaffung nach materiellem Recht	353
bb) Prozessuale Erleichterungen	355
cc) Urkundenvorlage nach §§ 142, 144 ZPO	356
dd) Arbeitspapiere des Wirtschaftsprüfers	360
b) Zeugen-/Parteivernehmung	364
c) Sachverständigenbeweis	369

2. Rechtslage in den USA (common law)	370
a) Pre trial	372
aa) Conference	372
bb) Disclosure	373
cc) Depositions	375
dd) Interrogatories	376
ee) Sanktionsmöglichkeiten	377
b) Trial	377
II. Zulässigkeit einzelner Beweismethoden	380
1. Ordre public als rechtliche Mindestanforderung	380
2. Dispositionsfähigkeit und -befugnis	383
3. Einschlägige Elemente des ordre public	385
a) Ausforschungsverbot	385
b) Gleichbehandlungsgebot und die Gewähr rechtlichen Gehörs	389
4. IBA-Rules on the Taking of Evidence	391
a) Dokumentenvorlage	391
b) Vernehmungen	393
III. Zweckmäßigkeit einzelner Beweismethoden	395
1. Production of documents	395
a) Grundsatz	395
b) Arbeitspapiere des Wirtschaftsprüfers	398
aa) Verweigerungsrecht aus Mandantenverhältnis	399
bb) Geheimhaltungsinteresse	401
2. Interrogatories	403
3. Written statements	403
4. Depositions	405
5. Zeugen-/Parteivernehmungen	405
6. Sachverständigenbeweis	407
Kapitel 18: Öffentlichkeit und Vertraulichkeit	409
A. Staatlicher Zivilprozess	411
B. Öffentlichkeit	412
C. Vertraulichkeit	415
D. Offenlegungsverpflichtung	417
I. Tatbestand der ad hoc-Publizität	418
II. Einsetzen der Veröffentlichungspflicht	420
III. Selbstbefreiung von der Veröffentlichungspflicht	423
1. Berechtigte Interessen	424

*Inhaltsverzeichnis*

2. Gefahr der Irreführung	425
3. Gewährleistung der Vertraulichkeit	426
E. Beteiligung staatlicher Gerichte	427
F. Präjudizwirkung und Rechtsfortbildung in der Schiedsgerichtsbarkeit	428
I. Bedeutung	429
II. (Doppel-)Funktion des Rechts	433
III. Veröffentlichung von Schiedssprüchen	434
Kapital 19: Verfahrensdauer	437
A. Allgemein	437
B. Verzögerungsmöglichkeiten	439
I. Konstituierung des Schiedsgerichts	439
II. Prozesskostenvorschuss	440
1. Rechte bei Weigerung	441
2. Anderweitige Sanktionen	442
III. Verfahrenshandlungen	443
Kapital 20: Kosten	445
A. Allgemein	445
B. Kostenvergleich	448
Kapitel 21: Rechtsschutz	456
A. Mangelnde Rechtsmittelinstanz	457
B. Vereinbarung eines Oberschiedsgerichts	458
C. Postarbitrale Beteiligung der ordentlichen Gerichtsbarkeit	459
I. Aufhebung von Schiedssprüchen	460
II. Vollstreckbarerklärung	462
III. Anerkennung ausländischer Schiedssprüche	464
Fünfter Teil: Schlussbetrachtung	465
Kapitel 22: Erkenntnisse	465
Kapitel 23: Ausblick	473
Literaturverzeichnis	475

## Abkürzungsverzeichnis

A.A.	andere Ansicht
AAB	Allgemeine Auftragsbedingungen
ABL	Amtsblatt
Abs.	Absatz
AcP	Archiv für die civilistische Praxis (Zeitschrift)
ADR	alternative dispute resolution
a.E.	am Ende
AEUV	Vertrag über die Arbeitsweise der Europäischen Union
a.F.	alte Fassung
AG	Amtsgericht
AG	Aktiengesellschaft
AG	Aktiengesellschaft (Zeitschrift)
AGB	Allgemeine Geschäftsbedingungen
AHB	Allgemeine Versicherungsbedingungen für die Haftpflichtversicherung
AHK	Auslandshandelskammer
AKEIU	Arbeitskreis Externe und Interne Überwachung der Unternehmung
AktG	Aktiengesetz
Alt.	Alternative
Anh.	Anhang
Anm.	Anmerkung
AnwBl.	Anwaltsblatt (Zeitschrift)
AO	Abgabenordnung
APAG	Abschlussprüferaufsichtsgesetz
APAK	Abschlussprüferaufsichtskommission
APLR	Allgemeines Landrecht für die Preußischen Staaten
ArbGG	Gesetz über die Gerichte für Arbeitssachen
Arb. Int.	International Arbitration (britische Zeitschrift)
ARD	Arbeitsgemeinschaft der öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalten der Bundesrepublik Deutschland

*Abkürzungsverzeichnis*

ART	Archiv für das Revisions- und Treuhandwesen (Zeitschrift)
Art.	Artikel
ASA	Association Suisse de l'Arbitrage
ASA Bulletin	Quartalsjournal der ASA (Zeitschrift)
AT	Allgemeiner Teil
Aufl.	Auflage
AVB WSR	Allgemeine und Besondere Versicherungsbedingungen sowie Risikobeschreibungen zur Vermögensschaden-Haftpflichtversicherung für Wirtschaftsprüfer und vereidigte Buchprüfer, Steuerberater, Rechtsanwälte und Patentanwälte
AWD	Außenwirtschaftsdienst des Betriebs-Beraters (Zeitschrift)
Az.	Aktenzeichen/Geschäftszeichen
BAFA	Bundesamt für Wirtschaft und Ausfuhrkontrolle
BaFin	Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht
BauR	Baurecht (Zeitschrift)
BayObLG	Bayerisches Oberstes Landesgericht
BB	Der Betriebsberater (Zeitschrift)
BBG	Bundesbeamtengesetz
BBl.	Bundesblatt (Schweiz)
Bd.	Band
BeckBilKomm	Beck'scher Bilanz Kommentar
BeckHdb	Beck'sches Handbuch
BeckOK	Beck'scher Onlinekommentar
Beih.	Beiheft
Beil.	Beilage
Beschl.	Beschluss
BGB	Bürgerliches Gesetzbuch
BGBI.	Bundesgesetzblatt
BGE	Sammlung der Entscheidungen des Schweizerischen Bundesgerichts (Zeitschrift)
BGH	Bundesgerichtshof
BGHZ	Sammlung der Entscheidungen des BGH in Zivilsachen (Zeitschrift)

BHO	Bundshaushaltsordnung
BilMoG	Bilanzrechtsmodernisierungsgesetz
BilReG	Bilanzrechtsreformgesetz
BiRiLiG	Bilanzrichtlinien-Gesetz
BNotO	Bundesnotarordnung
BörsG	Börsengesetz
BRÄK-Mitt.	Mitteilungen der Bundesrechtsanwaltskammer (Zeitschrift)
BRAO	Bundesrechtsanwaltsordnung
BR-Drucks.	Bundesratsdrucksache
BS WP/vBP	Berufssatzung für Wirtschaftsprüfer/vereidigte Buchprüfer
BT-Drucks.	Bundestagsdrucksache
BVerfG	Bundesverfassungsgericht
BVerfGG	Bundesverfassungsgerichtsgesetz
BVerfGE	Sammlung der Entscheidungen des BVerfG (Zeitschrift)
BVerwG	Bundesverwaltungsgericht
BW	Burgerlijk Wetboek (Niederlande)
BW	Baden-Württemberg
bzw.	beziehungsweise
ca.	circa/zirka
CC	Code civil (Frankreich)/Código Civil (Spanien)
CESR	Committee of European Securities Regulators
ch	schweizerische/schweizerisches
CJ	code judiciaire (Belgien)
CPC	Code de procédure civile (Frankreich)/Codice di Procedura Civile (Italien)
CPO	Civil-Prozeßordnung
DB	Der Betrieb (Zeitschrift)
DCGK	Deutsche Corporate Governance Kodex
ders.	derselbe
Der Konzern	Der Konzern (Zeitschrift)
d.h.	das heißt

*Abkürzungsverzeichnis*

DIS	Deutsche Institution für Schiedsgerichtsbarkeit e.V.
DIS-ERGeS	DIS - Die Ergänzenden Regeln für gesellschaftsrechtliche Streitigkeiten
DJZ	Deutsche Juristenzeitung
DM	Deutsche Mark
DNotZ	Deutsche Notar-Zeitschrift
D&O-Versicherung	Directors-and-Officers-Versicherung
Doc.	Documents
DPR	Deutsche Prüfstelle für Rechnungslegung
DrittelbG	Gesetz über die Drittelbeteiligung der Arbeitnehmer im Aufsichtsrat
DriG	Deutsches Richtergesetz
DRiZ	Deutsche Richterzeitung
DStR	Deutsches Steuerrecht (Zeitschrift)
DZWir	Deutsche Zeitschrift für Wirtschafts- und Insolvenzrecht (vormals Deutsche Zeitschrift für Wirtschaftsrecht)
ecolex	ecolex - Zeitschrift für Wirtschaftsrecht (Österreich)
ed.	edition (Ausgabe)
Ed.	Editor
EDV	Elektronische Datenverarbeitung
EG	Europäische Gemeinschaft
EGBGB	Einführungsgesetz zum Bürgerlichen Gesetzbuche
EGGVG	Einführungsgesetz zum Gerichtsverfassungsgesetz
EGZPO	Einführungsgesetz zur Zivilprozeßordnung
Einl.	Einleitung
EMRK	Europäische Konvention zum Schutze der Menschenrechte und Grundfreiheiten
EMöGG	Gesetz zur Erweiterung der Medienöffentlichkeit in Gerichtsverfahren
Erg.-Lfg.	Ergänzungslieferung
ESMA	European Securities and Markets Authority
et al.	et alii/et aliae/et alia (und andere)
etc.	et cetera/und die übrigen
EU	Europäische Union
EuGH	Gerichtshof der Europäischen Union

EuGVÜ	Übereinkommen über die gerichtliche Zuständigkeit und die Vollstreckung gerichtlicher Entscheidungen in Zivil- und Handelssachen
EUR	Euro
EUÜ	Europäische Übereinkommen über die internationale Handelsschiedsgerichtsbarkeit vom 21. April 1961
EuZW	Europäische Zeitschrift für Wirtschaftsrecht
e.V.	eingetragener Verein
EWCA Civ.	Sammlung der Entscheidungen des Court of Appeal (England und Wales) in Zivilsachen (britische Zeitschrift)
EWHC	Sammlung der Entscheidungen des High Court of England and Wales (britische Zeitschrift)
EwIR	Entscheidungen zum Wirtschaftsrecht (Zeitschrift)
EWR	Europäischer Wirtschaftsraum
ex	ehemals
f./ff.	folgender/folgende
F.#d	Federal Reporter (USA; Entscheidungssammlung)
FamFG	Gesetz zur Reform des Verfahrens in Familiensachen und in den Angelegenheiten der freiwilligen Gerichtsbarkeit
FAQ	Frequently Asked Questions
FG	Festgabe
FGG	Gesetz über die Angelegenheiten der freiwilligen Gerichtsbarkeit
FGO	Finanzgerichtsordnung
Fn.	Fußnote
FRCP	Federal Rules of Civil Prodecure (USA)
FroE	Federal Rules of Evidence (USA)
FS	Festschrift
GA	General Assembly
GaS	Grundsätze des anwaltlichen Standesrechts
GbR	Gesellschaft bürgerlichen Rechts
GenfProt	Genfer Protokoll über die Schiedsklauseln vom 24.9.1923

*Abkürzungsverzeichnis*

GenfAbk	Genfer Abkommen zur Vollstreckung ausländischer Schiedssprüche vom 26. September 1927
GewO	Gewerbeordnung
GG	Grundgesetz
GKG	Gerichtskostengesetz
GmbH	Gesellschaften mit beschränkter Haftung
GmbHG	Gesetz betreffend die Gesellschaften mit beschränkter Haftung
GoB	Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung
GroßKomm	Großkommentar
GRUR	Gewerblicher Rechtsschutz und Urheberrecht (Zeitschrift)
GS	Grundsatz
GuV	Gewinn- und Verlustrechnung
GVG	Gerichtsverfassungsgesetz
GWR	Gesellschafts- und Wirtschaftsrecht (Zeitschrift)
HaagÜbkAG	Gesetz zur Ausführung des Haager Übereinkommens vom 15. November 1965
HaGesR	Handels- und Gesellschaftsrecht
Halbs.	Halbsatz
Hdb	Handbuch
HessRiG	Hessisches Richtergesetz
HfA	Hamburger freundschaftliche Arbitrage
HGB	Handelsgesetzbuch
HNTVO	Hochschulnebenberufungsverordnung
Hrsg.	Herausgeber
HÜB	Haager Übereinkommen über die Beweisaufnahme im Ausland in Zivil- oder Handelssachen vom 18.03.1970
IAASB	International Auditing and Assurance Standards Board
IAS	International Accounting Standards
IBA	International Bar Association
IBA-GoCol	IBA - Guidelines on Conflicts of Interest in International Arbitration

IBA-RoE	IBA - Rules of Ethics for International Arbitrators
IBA-RotToE	IBA - Rules on the Taking of Evidence in International Arbitration
ICC	International Chamber of Commerce
i.d.F.	in der Fassung
IDW	Institut der Wirtschaftsprüfer in Deutschland e. V.
IDW PH	IDW Prüfungshinweise
IDW PS	IDW Prüfungsstandards
i.E.	im Ergebnis
IFAC	International Federation of Accountants
IFRS	International Financial Reporting Standards
IHK	Industrie- und Handelskammer
IISD	International Institute for Sustainable Development
IntGesR	Internationales Gesellschaftsrecht
InvG	Investmentgesetz
IPR	Internationales Privatrecht
IPRspr.	Die deutsche Rechtsprechung auf dem Gebiet des internationalen Privatrechts (Zeitschrift)
IRZ	Zeitschrift für internationale Rechnungslegung
ISA	International Standards of Auditing
i.S.d.	im Sinne des/im Sinne der
ISDS	investor-state dispute settlement
IStR	Internationales Steuerrecht (Zeitschrift)
IPRG	Bundesgesetz über das Internationale Privatrecht (Schweiz)
i.V.m.	in Verbindung mit
JDI	Journal du Droit International (Frankreich)
Jhd.	Jahrhundert
J. Int. Arb.	Journal of International Arbitration (britische Zeitschrift)
jurisPR	juris PraxisReport
JW	Juristische Wochenschrift (Zeitschrift)
JZ	Juristenzeitung
KAGB	Kapitalanlagegesetzbuch

*Abkürzungsverzeichnis*

Kap.	Kapitel
Kfz	Kraftfahrzeug
KG	Kammergericht (Berlin)
KG	Kommanditgesellschaft
KGaA	Kommanditgesellschaft auf Aktien
KK	Kölner Kommentar
KOM	Dokument der EU-Kommission
KonTraG	Gesetz zur Kontrolle und Transparenz im Unternehmensbereich
KostO	Kostenordnung
K&R	Kommunikation und Recht (Zeitschrift)
KTS	Zeitschrift für Insolvenzrecht (vormals Konkurs, Treuhand, Sanierung)
KV	Kostenverzeichnis
KWG	Gesetz über das Kreditwesen
LA	ley de arbitraje (Spanien)
Ländervereinbarung	Ländervereinbarung zwischen der Reichsregierung und den Ländern vom 15.12.1931, in der die „Grundsätze für die Bestellung des öffentlich bestellten Wirtschaftsprüfers“ festgelegt wurden
LBG	Landesbeamtengesetz
LCIA	London Court of International Arbitration
LEC	Ley de enjuiciamiento civil (Spanien)
LG	Landgericht
LIBOR	London Interbank Offered Rate
lit.	Buchstabe
LMK	Kommentierte BGH-Rechtsprechung Lindenmaier-Möhring
LwAnpG	Landwirtschaftsanpassungsgesetz
LZ	Leipziger Zeitschrift (vormals Leipziger Zeitschrift für Deutsches Recht)
MAR	Verordnung (EU) Nr. 596/2014 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 16. April 2014 über Marktmissbrauch (Marktmissbrauchsverordnung)
MDR	Monatsschrift für deutsches Recht (Zeitschrift)

MediationsG	Mediationsgesetz
Mercer L. Rev.	Mercer Law Review (US-amerikanische Zeitschrift)
Mio.	Millionen
Mitarb.	Mitarbeit
MitbestErgG	Gesetz zur Ergänzung des Gesetzes über die Mitbestimmung der Arbeitnehmer in den Aufsichtsräten und Vorständen der Unternehmen des Bergbaus und der Eisen und Stahl erzeugenden Industrie
MitbestG	Mitbestimmungsgesetz
MgVG	Gesetz über die Mitbestimmung der Arbeitnehmer bei einer grenzüberschreitenden Verschmelzung
ModG	Modellgesetz (UNCITRAL Model Law on International Commercial Arbitration)
MoMiG	Gesetz zur Modernisierung des GmbH-Rechts und zur Bekämpfung von Missbräuchen
MontanMitbestG	Gesetz über die Mitbestimmung der Arbeitnehmer in den Aufsichtsräten und Vorständen der Unternehmen des Bergbaus und der Eisen und Stahl erzeugenden Industrie
Montan-MitbestErgG	Gesetz zur Ergänzung des Gesetzes über die Mitbestimmung der Arbeitnehmer in den Aufsichtsräten und Vorständen des Bergbaus und der Eisen und Stahl erzeugenden Industrie
Mrd.	Milliarden
MünchKomm	Münchener Kommentar
m.w.N.	mit weiteren Nachweisen
NASDAQ	National Administration of Securities Dealers Automated Quotations System
n. Chr.	nach Christi Geburt
n.F.	neue Fassung
niederl.	niederländische
NJW	Neue Juristische Wochenschrift (Zeitschrift)
NJW-RR	NJW-Rechtssprechung-Report Zivilrecht (Zeitschrift)
Nr.	Nummer
No.	Nummer
Notre Dame L. Rev	Notre Dame Law Review (US-amerikanische Zeitschrift)

*Abkürzungsverzeichnis*

NStZ-RR	Neue Zeitschrift für Strafrecht – Rechtsprechungs-Report
NVwZ-RR	Neue Zeitschrift für Verwaltungsrecht – Rechtsprechungs-Report
NW. U. L. Rev.	Northwestern University Law Review (US-amerikanische Zeitschrift)
NYSE	New York Stock Exchange
NZG	Neue Zeitschrift für Gesellschaftsrecht
NZI	Neue Zeitschrift für Insolvenzrecht
o.	oder
OGH	Oberster Gerichtshof (Österreich)
oHG	offene Handelsgesellschaft
OLG	Oberlandesgericht
OLGR	OLG-Report (Zeitschrift)
OLGZ	Entscheidungen der Oberlandesgerichte in Zivilsachen (Zeitschrift)
ÖPP	öffentlich-private Partnerschaft
OVG	Oberverwaltungsgericht
PartG	Partnerschaftsgesellschaft
PartG mbB	Partnerschaftsgesellschaft mit beschränkter Berufshaftung
PartGG	Partnerschaftsgesellschaftsgesetz
PCAOB	Public Company Accounting Oversight Board
PIE	Public Interest Entities (Unternehmen von öffentlichem Interesse)
PPP	public-private-partnership
PublG	Publizitätsgesetz
RabelsZ	Rabels Zeitschrift für ausländisches und internationales Privatrecht
RDG	Rechtsdienstleistungsgesetz
Red.	Redaktion
RefE	Referentenentwurf
Rev. Arb.	La Revue de l'arbitrage (Frankreich)
RGBl.	Reichsgesetzblatt

RGZ	Sammlung der Entscheidungen des Reichsgerichts in Zivilsachen (Zeitschrift)
RIW	Recht der internationalen Wirtschaft (Zeitschrift)
RJA	Repertorio Jurídico Aranzadi (spanische Zeitschrift)
RL	Richtlinie
Rn.	Randnummer
RNotZ	Rheinische Notarzeitschrift
RPS	Recht und Praxis der Schiedsgerichtsbarkeit (Zeitschrift)
Rs.	Rechtssache
R+S	Recht und Schaden (Zeitschrift)
Rv.	Wetboek van Burgerlijke Rechtsvordering (Niederlande)
RVG	Rechtsanwaltsvergütungsgesetz
S.	Seite
SA	Sonderausgabe
SCC	Supreme Court Cases (USA; Entscheidungssammlung)
SchiedsO	Schiedsordnung
SchiedsVfG	Schiedsverfahren-Neuregelungsgesetz
SchiedsVZ	Zeitschrift für Schiedsverfahren
SE	Societas Europaea (Europäische Aktiengesellschaft)
SEC	Securities and Exchange Commission
SOA	Sarbanes-Oxley-Act of 2002 (USA)
sog.	sogeannter/sogeannte/sogeanntes
StBVV	Steuerberatervergütungsverordnung
StGB	Strafgesetzbuch
StPO	Strafprozessordnung
Swiss-Rules	Swiss Rules of International Arbitration (Schweiz)
TÄndRLUG	Gesetz zur Umsetzung der Transparenzrichtlinie-Änderungsrichtlinie
TTIP	Transatlantisches Freihandelsabkommen
u.	und

*Abkürzungsverzeichnis*

u.a.	unter anderem
UAbs.	Unterabsatz
u.v.m.	und viele mehr
UmwG	Umwandlungsgesetz
UN	United Nations/Vereinte Nationen
UNCITRAL	United Nations Commission on International Trade Law
UNÜ	New Yorker Übereinkommen über die Anerkennung und Vollstreckung ausländischer Schiedssprüche vom 10. Juni 1958
Urt.	Urteil
US	Vereinigte Staaten
U.S.	Sammlung der Entscheidungen des Supreme Court (USA)
U.S.-\$	United States Dollar
USA	Vereinigte Staaten von Amerika
v.	vom/von
VAG	Versicherungsaufsichtsgesetz
Var.	Variante
v. Chr.	vor Christi Geburt
Verf.	Verfasser
Vergl.	Vergleich
VerkProspG	Wertpapier-Verkaufsprospektgesetz
VermAnlG	Vermögensanlagengesetz
VermG	Vermögensgesetz
VersR	Versicherungsrecht (Zeitschrift)
VG	Verwaltungsgericht
vgl.	vergleiche
VIZ	Zeitschrift für Vermögens- und Immobilienrecht
VO	Verordnung
Vol.	Volume (Ausgabe)
Vor	Vorbemerkung
VVG	Gesetz über den Versicherungsvertrag
VwVfG	Verwaltungsverfahrensgesetz

WiB	Wirtschaftsrechtliche Beratung (Zeitschrift)
WM	Wertpapiermitteilungen (Zeitschrift)
WP	Wirtschaftsprüfer
WpAIV	Verordnung zur Konkretisierung von Anzeige-, Mitteilungs- und Veröffentlichungspflichten sowie der Pflicht zur Führung von Insiderverzeichnissen nach dem Wertpapierhandelsgesetz
WpHG	Wertpapierhandelsgesetz
WPG	Wirtschaftsprüfungsgesellschaft
WPg	Die Wirtschaftsprüfung (Zeitschrift)
WPg Supp.	WPg Supplements (Zeitschrift)
WPK	Wirtschaftsprüferkammer
WPK-Mitt.	Mitteilungen der Wirtschaftsprüferkammer (Zeitschrift)
WPO	Wirtschaftsprüferordnung
WpPG	Wertpapierprospektgesetz
YCA	Yearbook Commercial Arbitration (niederländische Zeitschrift)
z.B.	zum Beispiel
ZBB	Zeitschrift für Bankrecht und Bankwirtschaft
ZfBR	Zeitschrift für deutsches und internationales Bau- und Vergaberecht
ZGB	Zivilgesetzbuch (Schweiz)
ZGR	Zeitschrift für Unternehmens- und Gesellschaftsrecht
ZHR	Zeitschrift für das gesamte Handels- und Wirtschaftsrecht
Ziff.	Ziffer
ZIP	Zeitschrift für Wirtschaftsrecht
ZPO	Zivilprozessordnung
ZRP	Zeitschrift für Rechtspolitik
ZUG	Zeitschrift für Unternehmensgeschichte
ZUM	Zeitschrift für Urheber- und Medienrecht
ZUR	Zeitschrift für Umweltrecht
ZVglRWiss	Zeitschrift für vergleichende Rechtswissenschaft
ZZP	Zeitschrift für Zivilprozeß

